

Generationswechsel

Die Reformaktivisten erheben ihren Anspruch in der Politik

Die demokratische und die wirtschaftliche Entwicklung in Indonesien haben Anerkennung und eine hohe Wertschätzung seitens der internationalen Gemeinschaft gewonnen.

Warsito Ellwein

Die Wähler haben die Freiheit, ihre Repräsentanten direkt zu bestimmen, um den Präsidenten, die Gouverneure, die Bürgermeister und Abgeordnete zu wählen. Es gibt demokratische Wahlgesetze und die Wahl wird durch die unabhängige Kommission demokratisch und friedlich durchgeführt; mehr als 500 Kommunalwahlen (die Wahlen für Landräte und Bürgermeister) haben stattgefunden, nur bei 44 Prozent kam es zu Problemen, die aber fast alle auf konstitutionellem Wege gelöst wurden, bei nur fünf Kommunalwahlen kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen und Sachschäden. Die öffentliche Verwaltung im Bereich der Bürgerdienste, besonders bei der Erstellung von Personalausweisen, Geburtsurkunden, Kraftfahrzeugscheinen et cetera haben sich verbessert. Die Medien spielen eine sehr gute Rolle als Kontrollfunktion gegen Korruption, Menschenrechtsverletzung, Umweltverschmutzung, Fundamentalismus und Ungerechtigkeit. Auch in der Wirtschaft gibt es weiterhin hervorragende Wachstumschancen. Leider führt dieses gute Wirtschaftswachstum noch nicht zu einer gerechten Kapitalverteilung. Am Meisten profitiert die Mittelschicht, der Konsum steigt stark an. Die armen Leute können ihren Lebensstandard dagegen nicht verbessern.

Die Unzufriedenheit gegenüber der Regierung steigt

Fast jeden Tag gibt es mehrere Demonstrationen, die sowohl von den Gewerkschaften, den Bauern, den Studenten, als auch von den NGO-Aktivisten organisiert werden. Bei informellen Gesprächen in Cafés, auf den traditionellen Märkten und in den öffentlichen Verkehrsmitteln zeigen sich immer mehr Bürger unzufrieden mit der Regierung. Der Grund liegt in erster Linie darin, dass die Korruption von den Politikern, der Justiz beziehungsweise der Staatsanwaltschaft,

den kleinen Beamten, bis zu den Ministerien immer mehr an die Öffentlichkeit gelangen und die Regierung nicht in der Lage ist, eine Lösung zu präsentieren. Von Januar bis Oktober 2011 gab es 722 Korruptions-Fälle, aber die Polizei hat davon gerade mal 437 Fälle behandelt (*Antara News* 10.12.2011). Es gab 103 Landkonflikte im Jahr 2011, in den Konflikten wurden zwölf Personen getötet und 120 Personen wurden Opfer von Schussverletzungen (Umwelt Organisation Wahli). Das Wirtschaftswachstum 2010 lag bei 6,1 Prozent, 2011 bei 6,6 Prozent. Bis 2011 sank die Armutsrate insgesamt auf 13,3 Prozent – das Problem dabei ist, dass die Armutsrate in den ländlichen Gebieten weitaus mehr gewachsen ist als in den städtischen Gebieten und zwar (63,38 Prozent in 2009 und 64,23 Prozent in 2010).

Die Regierung hat bereits ein Programm zur Korruptionsbekämpfung durchgeführt, konnte die Öffentlichkeit damit aber noch nicht zufriedenstellen. Die Regierungspartei griff die Problematik lediglich unzureichend auf. In Regierungskreisen wurde eine Angststimmung verbreitet und damit wollten die Beamte und staatlichen Angestellten keine Verantwortung übernehmen, um die staatlichen Aufgaben für die Projekte auszugeben, weil die zuständige Beamten / Angestellte für die Projekte einerseits eine ordentliche Buchführung machen mussten, andererseits aber mussten sie Schmiergeld an verschiedene Stellen in der Regierung bezahlen. Damit konnte in den Ministerien viel Geld nicht ausgegeben werden oder es wurde mit hohem Risiko in letzter Minute ausgegeben.

In den Bereichen Landkonflikt, Armutsbekämpfung – vor allem in den ländlichen Gebieten, Arbeitslosigkeit, Grenzproblemen (Landesgrenzen), Umweltproblemen etc. konnte die Regierung keine guten Lösungsansätze präsentieren. Die Maßnahmen waren in erster Linie an die Interessen der Mittelschicht und an denen finanziell einflussreicher Personen orientiert, weshalb es von der Öffentlichkeit wenig Anerkennung gab. Die Proteste der Arbeiter, Dorfvorsteher, Bauern, Straßenhändler et cetera im Zusammenhang mit den genannten Problemen wurden von der Regierung nicht ernst genug genommen.

Der Autor ist langjähriges Mitglied der Südostasien Informationsstelle.

Sogar als sich der Student Sondang Hutagalung aus Jakarta aus Protest am 7. Dezember 2011 vor dem Präsidentenpalast anzünden ließ und drei Tage später verstarb, zeigte sich die Regierung wenig beeindruckt.

Die anderen politischen Kräfte, wie zum Beispiel das Parlament und die politischen Parteien haben auch kein Rezept, um die Probleme zu beantworten und sind bislang nicht in der Lage, ein alternatives Konzept anzubieten. Es ist kein Wunder, dass die Öffentlichkeit immer weniger Glauben, nicht nur in die Regierung, sondern auch in die Parlamentarier und politischen Parteien hat. Bis zu den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind es noch zwei Jahre. Die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit gegenüber der Regierung kann man mindestens in vier Strömungen unterteilen.

Vier Strömungen der Unzufriedenheit

Die erste politische Gruppe (einige ehemalige Generäle, Intellektuelle, NGO- und Studentenaktivisten) hat in der Öffentlichkeit indirekt den Willen geäußert, den Präsidenten *Susilo Bambang Yudoyono* (SBY) so schnell wie möglich, mindestens aber vor dem Ende seiner Amtsperiode, auf konstitutionellem Wege, notfalls aber auch auf nicht-konstitutionelle Weise stürzen wollen.



Die Zweite politische Gruppe (Parteiaktivisten, kritische Unternehmer und Wissenschaftler) ist sehr kritisch gegenüber SBY und sie wünschen sich, dass SBY auf konstitutionellem Wege (Amtsenthebungsverfahren im Parlament) gestürzt wird.

Die dritte politische Gruppe (Parteifunktionäre, Beamte und staatliche Angestellte, Medien) sind nicht zufrieden mit der politischen Lage und mit SBY, aber sie können bis zur nächsten Präsidentschaftswahl 2014 warten, bis SBY seine Amtsperiode beendet hat. Damit zumindest eine neue Tradition entsteht und zwar so, dass zum ersten Mal ein Präsident seine Amtsperiode zu Ende bringen kann.

Die vierte Gruppe (die Mehrheit der Bevölkerung) ist überhaupt nicht an Politik interessiert. Sie sind nicht zufrieden mit der politischen Lage, aber sind weder aktiv, noch passiv am Veränderungsprozess beteiligt.

Im Jahr 2014 steht ein Generationenwechsel an. Die Reformationsgeneration wird politische und strategische Positionen in der Regierung oder im Parlament für die nächste Parlamentswahl in Anspruch nehmen. SBY wurde schon zweimal zum Präsidenten gewählt, damit ist es ihm laut indonesischer Verfassung nicht mehr erlaubt, bei der nächsten Präsidentschaftswahl zu kandidieren.

Der Artikel wurde von Janick Banyuaji Ellwein bearbeitet.